

Beschluss



Konsequenter Klimaschutz in Landwirtschaft, Waldwirtschaft und Ernährung – mit grünen Konzepten

Dürren und Extremwetterereignisse wie auch der jüngst veröffentlichte Sonderbericht über Klimawandel und Landsysteme des Weltklimarats (IPCC) zeigen, wie eng Klimawandel und Landnutzung zusammenhängen.

Wir nehmen daher diesen Bericht zum Anlass, um zu formulieren, welchen Beitrag die Landnutzung, die Waldwirtschaft sowie die Ernährungssysteme leisten müssen, um die Erderwärmung bis 2100 auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen (Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens). Dabei richten wir den Blick im Schwerpunkt auf Baden-Württemberg, formulieren aber ebenso Forderungen an Bund und EU.

Wichtig ist uns: Wir brauchen unsere Bäuerinnen und Bauern und unsere Waldbesitzenden. Sie stellen regionale Lebensmittel, nachwachsende Rohstoffe und Energie bereit und sorgen für artenreiche Landschaften, den Erhalt unserer Klimasenken und für lebendige ländliche Räume.

Grüne Klima-Erfolge in Landwirtschaft, Waldwirtschaft und Ernährung

Wir haben seit 2011 unter grüner Regierungsführung bereits viel erreicht:

- Die grün-geführte Landesregierung hat 2011 ein **Grünlandumbruchverbot** erlassen, um eine der bedeutendsten Netto-Kohlenstoffsinken dauerhaft zu erhalten.
- Wir haben seit 2011 die Förderung der **Bewirtschaftung extensiven Dauergrünlands deutlich attraktiver gemacht und erhöht**. Gerade eine fachgerechte Beweidung von Dauergrünland kann zu einer deutlich höheren Kohlenstoffspeicherung im Boden führen, als eine Nicht-Nutzung.
- 2011 haben wir ein **Moorschutzprogramm** aufgelegt, um Moore wieder zu vernässen und Humus dort wiederaufzubauen und dauerhaft zu speichern.
- **Wir haben den Ackerbau im 10-Meter Gewässerrandstreifen sehr stark eingeschränkt**, nur umbruchlose Blühstreifen und Gehölze sind erlaubt.
- Seit 2011 hat sich die **ökologisch bewirtschaftete Fläche in Baden-Württemberg verdoppelt** und beträgt (inklusive Bio-Streuobst) 14 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Dies ist insbesondere der konsequenten Förderpolitik der grün-geführten Landesregierung zu verdanken.
- Wir treiben seit 2011 den **Waldumbau im Staatswald** konsequent voran. Mit der FSC-Zertifizierung des Staatswaldes, der Waldnaturschutzstrategie, dem Erhalt alter Buchenwälder und der Definition von Waldentwicklungstypen, die sich an natürlichen Waldgesellschaften orientieren.

tieren, wurden wichtige Grundlagen geschaffen. Im Landeswaldgesetz haben wir die Standards ordnungsgemäßer Waldbewirtschaftung für alle Waldbesitzarten z.B. beim Schutz des Bodens verdeutlicht und die Gemeinwohlverpflichtung kommunaler Wälder betont.

- Mit der **Holzbauffensive** fördern wir die Holzbaubranche in den kommenden fünf Jahren mit rund 16,5 Millionen Euro. Durch die nicht-energetische Holznutzung wird langfristig klimaschädlicher Kohlenstoff gespeichert.
- Wir haben eine **Ernährungsstrategie** auf den Weg gebracht und zu deren Umsetzung ein Ernährungszentrum gegründet. Die Strategie zielt darauf ab, gesunde, frische und nachhaltige Ernährung im Land nach vorne zu bringen. Sie beinhaltet auch wichtige Maßnahmen für den Klimaschutz, die nun sukzessive umgesetzt werden.
- Wir haben mit Modellprojekt dafür gesorgt, dass in ausgewählten **landeseigenen Mensen ein Mindestanteil von 20 Prozent biologischen Produkten und weniger Fleisch angeboten wird und weniger Lebensmittel verschwendet werden**. Das unterstützen insbesondere die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE), die zusätzlich eingehalten werden müssen.
- Wir ermöglichen Photovoltaik auf extensiv landwirtschaftlich genutzten Böden und entwickeln sie derzeit weiter zur **Agro-Photovoltaik**.

Wir ruhen uns auf dem Erreichten nicht aus und arbeiten weiter konsequent an der Umsetzung der Klimaziele unseres Klimaschutzgesetzes.

Unsere Forderungen

Moor- und Bodenschutz

1. Klimaschutz heißt Bodenschutz. Daher streben wir die **Weiterentwicklung des Moorschutzprogramms hin zu einer Moorschutzstrategie für Baden-Württemberg** an. Sie soll anhand eines Zeit-, Finanz- und Prioritätenrahmens eine konsequente Umsetzung von Moorschutz im Land vorbereiten. Moor- und moorähnliche Böden, etwa 34.000 Hektar in Baden-Württemberg, können im obersten Meter 515 Tonnen pro Hektar organischen Kohlenstoff speichern. Das Potenzial einer zielgerichteten Moorschutzstrategie ist daher von enormer Bedeutung. Eine Renaturierung von 500 Hektar regenerationsfähiger Hochmoore im Land halten wir daher für zielführend. Insbesondere land- und forstwirtschaftlich genutzte Niedermoore wollen wir – auch im Hinblick auf die Ausgestaltung der Förderprogramme der neuen GAP ab 2021 – in den Blick nehmen. Folgende Aspekte sollen dort Berücksichtigung finden:
 - Aufzeigen von **Wegen zum Erhalt humusreicher Böden/Niedermoore in der Fläche** – unter der Maßgabe, dass, wo immer möglich, die Flächen für alternative Nutzungen („Paludikultur“) zur Verfügung stehen und weiterhin von den Betrieben/den Waldbesitzenden genutzt werden können (z.B. Schilfrohr für die bioökonomische Verwertung oder Kombinationen aus extensiver Bewirtschaftung und Agrophotovoltaik).
 - Maßnahmen des Landes, um den **Torfeinsatz als Kultursubstrat** sukzessive zu reduzieren und zu ersetzen. Hier soll vor allem die Beratung eine wichtige Rolle spielen.

- Entwicklung eines landesweiten **klimakompatiblen Wasserstands- und Flächenmanagements** mit dem Fokus auf kohlenstoffreiche Böden. Es soll in Pilotprojekten mit dem Ziel erprobt werden, bei Bauvorhaben, der Ausweisung von Baugebieten oder auch Flurneuerungsverfahren Berücksichtigung zu finden. Die **Ausnahmeregelungen des Grünlandbruchverbots** müssen mit den Erfordernissen eines klimakompatiblen Flächenmanagements in Einklang gebracht werden: Für kohlenstoffreiche Böden sollen Ausnahmen ausgeschlossen werden.
2. **Humusaufbau und Humusschutz auf mineralischen, insbesondere wenig humosen Böden** wollen wir unter anderem über FAKT als Programm der zweiten Säule der künftigen GAP weiter verstärken. Ziel ist eine maximale Senkenwirkung durch optimales Humusmanagement. Beispielsweise soll der Anbau von Leguminosen und Zwischenfrüchten über die bisherigen Anreize hinaus gefördert werden.
- Wir wollen den Einsatz von **Pflanzenkohle** zur Stärkung der Bodenfunktion als Kohlenstoffsenke nutzen. Dies hat auch Vorteile für die Nährstoffversorgung der landwirtschaftlich genutzten Böden und verbessert gerade im Zusammenhang mit dem Klimawandel deren Wasserspeicherfähigkeit.

Landwirtschaft und Landbau

3. Die **Tierhaltung, insbesondere die Rinderhaltung**, trägt wesentlich zu den klimarelevanten Emissionen aus dem Landwirtschaftssektor bei. Eine **fachgerechte Weidetierhaltung**, kann gleichzeitig zu Humusaufbau im Grünland führen und Lebensräume mit hoher Biodiversität entwickeln. Allerdings kann eine Übernutzung des Grünlands auch zum Humusabbau führen. Nichtsdestotrotz müssen die Emissionen aus der Rinderhaltung dringend reduziert werden. EU und Bund sind dabei in der Pflicht, Forschung und Praxis zu fördern, um die **Methanemissionen aus der Verdauung von Wiederkäuern zu reduzieren**. Ein erster wichtiger Schritt zu einer klimagerechteren Gestaltung der Nutztierhaltung ist grundsätzlich die **Vorgabe zu einer flächengebundenen Tierhaltung in möglichst geschlossenen Kreisläufen** – ohne Importfuttermittel. Daher wollen wir die **Eiweißinitiative** des Landes weiter fördern und ausweiten. Eine Weiterentwicklung des „QZ BW“ mit einer Kennzeichnung für in der EU gentechnikfrei produzierte lokale Eiweißfuttermittel kann zur Bewusstseinsförderung einen wichtigen Beitrag leisten. Wirtschaften in möglichst geschlossenen Kreisläufen ist ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für die Reduzierung der Lachgas-Emissionen aus den Böden – und zugleich eine Lösung des Nitratproblems in vielen Regionen Deutschlands. Die **gezielte Beratung der Betriebe ist dabei ein wichtiger Baustein**. Zukünftig soll Investitionsförderung mit einer Bindung der Tierhaltung an die Fläche verknüpft werden. Eine aus Klimaperspektive wünschenswerte Reduktion der Rinderhaltung ist nur sinnvoll, wenn gleichzeitig weniger Rindfleisch und weniger Milchprodukte konsumiert werden, ansonsten wird der Bedarf aus anderen Ländern gedeckt.
4. Der **Ökolandbau** vereint Klimaschutz durch Humusaufbau und Systemdenken mit klaren Vorteilen für die Artenvielfalt. Unser Ziel ist es, in Baden-Württemberg bis 2030 40 Prozent der

Fläche **ökologisch zu bewirtschaften**. Im Durchschnitt zeigen ökologisch bewirtschaftete Böden einen um zehn Prozent höheren Gehalt an organischem Bodenkohlenstoff. Zur Weiterentwicklung des Ökolandbaus halten wir Forschung zu klimastabilen und klimateffizienten produktiven ökologischen Anbausystemen für immens wichtig. Die landeseigene Forschung für den Ökolandbau in Baden-Württemberg werden wir verstärken und fordern den Bund ebenso dazu auf. Für die Ausdehnung des Ökolandbaus unterstützen wir den Ausbau vielversprechender Märkte.

An erster Stelle steht dabei die **Außer-Haus-Verpflegung**. Wir wollen unsere erfolgreichen Modellvorhaben „Große Küche – Gutes Essen“ weiterentwickeln: So schnell wie möglich sollen alle landeseigenen Kantinen mindestens 60 Prozent Bio-Lebensmittel einsetzen. In landeseigenen Pilot-Kantinen und ausgewählten Kantinen in Bio-Musterregionen wollen wir jetzt schon mit 60 Prozent Bio-Anteil modellhaft einsteigen. Lebensmittelverluste in der Gemeinschaftsverpflegung sollen durch Coaching- und Beratungsangebote weiter reduziert werden.

Ebenso sollen die landeseigenen Flächen prioritär an biologisch wirtschaftende Betriebe vergeben werden. Für die schnelle Weiterentwicklung des Bio-Sektors spielen Bildung und Beratung eine zentrale Rolle. Wir wollen den Ökolandbau konsequent in der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Berufsbildung verankern.

5. Wir fordern den Bund auf, die Chance zu nutzen und die zulässigen **Stickstoffüberschüsse gemäß DüngeVO schrittweise auf maximal 50 kg N/ha bis 2030 zu reduzieren**. Dabei erachten wir eine ausgeglichene Stoffstrombilanz (auch Hoftorbilanz genannt) als künftigen Bestandteil der neuen „Baseline“ für die Direktzahlungen für eine wichtige Grundlage. Als ersten Schritt wollen wir eine freiwillige Stoffstrombilanz über FAKT fördern. Sie sollte digital, effizient und nachvollziehbar sein. Angebote in Beratung und Bildung zur der Düngung für Landwirt*innen sollen ausgebaut werden. Die **gasdichte Lagerung von Gülle als eine extrem wirksame Maßnahme** zur Einsparung von Treibhausgasen muss von EU und Bund gemeinsam mit den Ländern mit hohen finanziellen Anreizen vorangetrieben werden.
6. **Die Nutzung erneuerbarer Energien und energieeffiziente Erzeugung** sind eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige, klimafreundliche Landnutzung. **Agro-Photovoltaik** (s. Pilotanlage der Hofgemeinschaft Heggelbach) halten wir für zukunftsweisend. Hier wird Lebensmittelproduktion zur Ernährungssicherheit mit Energieerzeugung vereinbart. Wir setzen uns dafür ein, Hemmnisse zur Erstellung der Anlagen abzubauen und den Schritt vom Modellvorhaben zur Praxisreife schnell zu vollziehen. Zur Steigerung der Effizienz der Produktion müssen Forschung, Beratung und Praxis noch enger kooperieren.
7. Der Rahmen der **neuen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) ab 2021 und der strategische Plan der Bundesregierung** zur Umsetzung der neuen GAP müssen stringent mit den Klimazielen korrespondieren. Die erforderlichen Mittel dafür müssen bereitgestellt werden. Dazu gehören:
 - mindestens 30 Prozent aller GAP-Mittel für Agrarumweltmaßnahmen, dabei relevante Stärkung der zweiten Säule;

- Bindung der Direktzahlungen an den Erhalt kohlenstoffreicher Böden (Konditionalität in der ersten Säule);
 - alternative Nutzungen – außerhalb des Lebensmittelanbaus - für kohlenstoffreiche Böden zur Förderung in der ersten Säule zulassen, z.B. Erzeugung von Schilfgras für bioökonomische Verfahren;
 - eine flächengebundene Tierhaltung umsetzen (Stickstoffüberschüsse).
8. **Die unterschiedlichen Politikfelder müssen zu Gunsten von Klimaschutz und Biodiversität verzahnt werden** – Klimapolitik, Agrarpolitik, Handelspolitik und Entwicklungszusammenarbeit gehören zusammen. Negativbeispiel Mercosur: Hier wird Europa seinen Markt für 99.000 t Rindfleisch öffnen – zugunsten der europäischen Autoindustrie. Bei einem Großteil darf man davon ausgehen, dass Regenwälder für die Weidegebiete abgeholzt wurden. **EU-Handelspolitik und Handelsabkommen müssen die Bewahrung der biologischen Vielfalt und den Klimaschutz stringent berücksichtigen.** Das gelingt nicht über ein Preisspirale nach unten auf Kosten vielfältiger, gemeinwohlorientierter Landwirtschaft weltweit.
9. Neben der international anerkannten sektoralen Berechnung der Klimawirkungen muss insbesondere **für den Agrarsektor eine systemische Berechnung** etabliert werden. Sie soll Wechselwirkungen berücksichtigen und damit den Weg hin zu nachhaltigen Agrarsystemen weisen. Dadurch würden auch internationale Stoffkreisläufe einbezogen wie z.B. importierte Futtermittel wie Soja.
10. Wir erwarten von der Landesregierung in diesem Zusammenhang, sich gegenüber dem Bund für ein **Gesamtkonzept für einen nachhaltigen Agrarsektor, eine Agrarwende**, einzusetzen. Isolierte Einzelvorschläge leisten ihren Beitrag, werden aber der Komplexität eines globalen Systems und seiner Zielkonflikte nicht gerecht.

Ernährung

11. Die **Ernährungsstrategie der Landesregierung** soll auf die Erfordernisse des Klimaschutzes hin überprüft werden. Maßnahmen zur nachhaltigen Außer-Haus Verpflegung (bio, saisonal, wenig verarbeitet, frisch, regional und fleischreduziert), zur Bewusstseinsbildung und zu nachhaltigem Konsum sollen prioritär umgesetzt werden. Ziel ist es, damit eine Ernährungswende mit reduziertem Fleischkonsum zu unterstützen und weniger Tiere zu halten.
12. Lebensmittelverschwendung ist ein zentrales Klimaschutzproblem. Wir fordern daher die Landesregierung auf, **auf allen Ebenen gegen Lebensmittelverschwendung vorzugehen**. Sie soll sich gegenüber der Bundesregierung für verbindliche **Reduktionsziele** bei Handel und Industrie einsetzen. Dazu brauchen wir auf Landes- und Bundesebene verlässliche **Daten**, welche Mengen an welcher Stelle weggeworfen werden. Große Supermärkte sollen abgelaufene Lebensmittel kostenlos zur Verfügung stellen dürfen, ohne dadurch in steuerliche Probleme zu geraten. Derzeit unvermeidbare Lebensmittelabfälle und -reststoffe müssen im Sinne der Kreislaufwirtschaft regional wiederverwertet werden. Außerdem können **innovative digitale**

Lösungen, z.B. aus dem Bereich der künstlichen Intelligenz bessere Planung ermöglichen. Im Privatbereich brauchen wir noch mehr Bewusstseinsbildung im Sinne der Ernährungsstrategie, insbesondere auch im Hinblick auf die Auswirkungen von Lebensmittelverschwendung.

Wald und Forst

13. Mit Blick auf die Forstwirtschaft ist der **dauerhafte Erhalt des Kohlenstoffspeichers Wald** zentrales grünes Ziel. Möglich ist das nur mit naturnahem Waldbau, der zu **stabilen Waldökosystemen** wie standortgerechten, strukturreichen Mischwäldern führt. Diese haben aufgrund ihrer Vielfalt eine höhere Toleranz gegenüber extremen Wetter- und Schadereignissen. Naturnahe Wälder sind kühlere Wälder und tragen so zur Abmilderung der Klimawirkungen bei. Die vergangenen beiden niederschlagsarmen Jahre haben gezeigt: Der Nachhaltigkeitsdreiklang Ökonomie, Ökologie und Soziales muss sich künftig noch deutlicher zu Gunsten der Ökologie verschieben. In Zukunft sollen **Waldschäden finanziell nur noch ausgeglichen werden, wenn auf klimastabile Wälder gesetzt wurde – das muss auch für die Förderung der Wiederaufforstung** gelten.
14. Naturschutz und Klimaschutz wollen wir nicht gegeneinander ausspielen: **Bis 2025 wollen wir mindestens zehn Prozent der Staatswaldfläche unter Schutz stellen und sich selbst überlassen**. Diese Wälder sind wichtige Referenzflächen zur Erforschung natürlicher Anpassungsstrategien an den Klimawandel. Zusätzlich speichert Totholz Wasser, das bei langanhaltender Hitze verdunstet und so den Wald kühlt.
15. Wir fordern mehr Tempo von Land, Bund und EU bei der **Forschung über die Zusammensetzung stabiler Waldökosysteme der Zukunft** und setzen uns konsequent für die Bewältigung der aktuellen Schadereignisse ein. Unser Wald muss nachhaltig mit klimastabilen Mischwäldern wiederaufgebaut werden. Das soll mit einer Mischung aus Naturverjüngung und Pflanzung geschehen. Auch in Wirtschaftswäldern muss der systemstabilisierende Totholzanteil erhöht werden. Zusätzlich bitten wir die Landesregierung, ein **Risikomanagement** unter Einbezug privater und halbstaatlicher Lösungen zu prüfen bzw. zu entwickeln. Besonders **Privatwaldbesitzende** müssen unterstützt werden.
16. Der Aufbau klimastabiler Wälder wird nur mit einem **angepassten Management von Schalenwild** gelingen. Die hohen Schalenwildbestände führen zu großen Verbisschäden an den Bäumen, und verhindern das natürlich Nachwachsen junger Bestände. Wir fordern die Jägerschaft auf, die Instrumente des Jagd- und Wildtiermanagements umfassend zu nutzen (beispielsweise revierübergreifende Jagden). Gemeinsam mit der Landesregierung, Jägerschaft und Forst wollen wir wirksame Lösungen suchen.
17. Wir setzen beim Waldklimaschutz auch auf unsere Kommunen, die Hand in Hand mit dem Land ihrer **besonderen Gemeinwohlverpflichtung bei der Bewirtschaftung öffentlicher Wälder** nachkommen müssen. Der öffentliche Wald hat eine Vorreiterrolle inne: Wir müssen durch-

gänglich auf klimastabile Wälder setzen, die gleichzeitig ein hohes Maß an Biodiversität sichern. Diese Vorbildfunktion ist auch für den Privatwald wichtig. Auf Landesebene nehmen wir die Gemeinwohlorientierung bei der Bewirtschaftung unseres Staatswaldes ernst; diese messen und steuern wir zukünftig über eine Gemeinwohlbilanz bei Forst BW.

18. Wir haben dem Bodenschutz im Landeswaldgesetz eine größere Bedeutung beigemessen. Es bedarf aber weiterer Anstrengungen, den Verlust von Kohlenstoff aus Waldböden zu verringern. Eine bodenschonende Waldbewirtschaftung ist ein wichtiger Aspekt. Zusätzlich ist auch im Wald ein **Flächenmanagement** gefordert, das zwischen der Bewirtschaftung humoser und mineralischer Böden unterscheidet. Wir fordern, dass eine entsprechende **Konzeption auf Grundlage der Bodenkohlenstoffkartierung für den Landeswald** erstellt wird und bitten die Kommunen, sich anzuschließen.
19. Wir bitten die Landesregierung dringend, die Holzbaubranche bei der Erforschung neuer Verwendungsformen von Laubhölzern zu unterstützen, wie beispielsweise mit dem Projekt **Laubholztechnikum** angedacht. Wir brauchen einen **Innovationsschub**, damit die Holzbranche in Baden-Württemberg eine Zukunftsbranche bleibt – und klimastabile Wälder Einkommen sichern können.

Klimaschutz im Haushalt priorisieren

20. Wir fordern die Landesregierung auf, **im Doppelhaushalt 2020/2021 die Erfordernisse des Klimaschutzes prioritär zu berücksichtigen** und sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, die für die Transformation hin zu einer klimafreundlichen Wald- und Landnutzung und einem klimafreundlichen Konsum und Ernährungssektor notwendigen Maßnahmen finanziell zu unterfüttern.

Beschluss Fraktionsklausur GRÜNE, 19.09.2019, Gäufelden